



Jahresbericht 2012

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Redaktion: DFK-Geschäftsstelle
Redaktionsschluss: 15. Mai 2013

© Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention
Bonn, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.
- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Überblick 2012	4
2. Sitzung des Kuratoriums am 25. Juni 2012	8
3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen	9
3.1 Gewaltprävention und Entwicklungsförderung	9
3.2 Symposium „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – der Beitrag der Wirtschaft“	11
3.3 Kommunales Präventionsmanagement und KoSiPol-Abschlussveranstaltung	13
3.4 Expertentagung „Prävention im Team (PiT)“	14
3.5 Internationale Aktivitäten	15
3.6 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“	16
3.7 Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention	17
3.8 Präventionsinformationen und Wissensmanagement	17
3.9 Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Zeitschrift	18
4. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte	20
5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung	23
5.1 Organisation	23
5.2 Personal	23
5.3 Finanzlage	23
5.4 Jahresabschluss 2011	24
Anhang I: Mitglieder des Kuratoriums	25
Anhang II: Mitglieder des Vorstandes, Beisitzer, Geschäftsstelle	28

Fotos: DFK
respect.tv (Seite 11–12)

1. Überblick 2012

Hatte das Jahr 2011 neben der Sacharbeit auch und insbesondere im Zeichen des zehnjährigen Stiftungsjubiläums gestanden, so galt es im Berichtsjahr 2012, an die in der ersten Dekade erarbeiteten Grundlagen anzuknüpfen, Bewährtes fortzusetzen und besonders vielversprechende Präventionsansätze fortzuentwickeln.

*Einberufung eines
Sachverständigenrates*

Letzterem Zweck diene insbesondere die Etablierung eines von der Stiftung eingesetzten Sachverständigenrates, dessen hochkarätige Mitglieder sich seit Herbst 2012 mit der Frage beschäftigen, wie es gelingen kann, die Qualität von entwicklungsorientierten – also an den Phasen des Heranwachsens junger Menschen orientierten – Präventionsmaßnahmen sicherzustellen und deren nachhaltige Implementation zu fördern. Ausgehend von der leider nach wie vor zutreffenden Erkenntnis, dass die Wirksamkeit des Großteils der auf dem Markt befindlichen kriminalpräventiven Angebote problematisch, da in aller Regel ungeklärt ist, befasst sich das multidisziplinär besetzte Gremium im Auftrag der Stiftung mit der Entwicklung von wirksamen Gegenstrategien. Über die Arbeit des Sachverständigenrates gibt Kapitel 3.1 dieses Berichtes Auskunft.

*Förderung Professur
Kriminalprävention*

Ein weiterer vielversprechender Ansatz im Sinne der Institutionalisierung präventiven Handelns ist auf dem Gebiet der Forschung zu vermelden. Der Deutsche Bundestag hat im November 2011 beschlossen, im Etat des Bundesministeriums des Innern einen zweckgebundenen Zuschuss zur Errichtung und zum Betrieb eines Lehrstuhls für Kriminalprävention an der Universität Tübingen zu verankern. Es wird sich hierbei um die deutschlandweit erste universitäre Forschungseinrichtung dieser Art handeln. Die Ausreichung der Mittel, die im Haushaltjahr 2012 begonnen hat und im Wege einer Verpflichtungsermächtigung bis mindestens zum Jahr 2017 sichergestellt ist, erfolgt durch das DFK, dessen inhaltliche Anregungen in den Grenzen der Wissenschaftsfreiheit in die Forschungstätigkeit der neuen Institution mit einfließen werden. Die für die Errichtung erforderlichen Vorbereitungsarbeiten einschließlich Ausschreibung durch die Universität Tübingen wurden im Berichtsjahr so weit vorangetrieben, dass die Institution in Gestalt einer „Professur für Kriminalprävention und Risikomanagement“ im Laufe des Jahres 2013 ihre Arbeit aufnehmen wird. Über die Tätigkeit der Professur, insbesondere die multidisziplinär angelegte Erforschung der vielfältigen kriminalpräventiven Handlungsfelder, wird der Jahresbericht 2013 ausführlich informieren.

*Bundesministerin der
Justiz übernimmt
Präsidentschaft*

Das Jahr 2012 war ferner von einem personellen Wechsel an der Spitze des Kuratoriums geprägt: Die Vertreter der Stifter wählten in ihrer jährlichen Sitzung die Bundesministerin der Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zu ihrer neuen Präsidentin, die damit die Geschäfte ihres Amtsvorgängers Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich übernahm. Inhaltlicher Schwerpunkt der Kuratoriumssitzung war ein Vortrag des Leiters der Abteilung für Forschungssynthese, Intervention und Evaluation der Universität Jena, Professor Dr. Andreas Beelmann, der aus wissenschaftlicher Sicht die Perspektiven entwicklungsorientierter Kriminalprävention aufzeigte. Eine Zusammenfassung seiner Ausführungen sowie ein Rückblick auf die Kuratoriumssitzung finden sich in Kapitel 2 des Jahresberichtes.

Die Bundesministerin der Justiz nahm ihre Wahl zur Kuratoriumspräsidentin unter anderem zum Anlass, am 4. Oktober 2012 das DFK-Symposium „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – der Beitrag der Wirtschaft“ auszurichten, um zu diskutieren, wie Unternehmen einen besseren Beitrag für Toleranz und gegen Rechtsextremismus leisten können. Im Vordergrund der Veranstaltung stand die Vorstellung beispielhafter Aktionen von Unternehmen, das Werben um neue zivilgesellschaftliche Impulse und die Vernetzung von Wirtschaft und bestehenden Initiativen gegen Rechtsextremismus. Der Rückblick auf das Symposium ist Kapitel 3.2 dieses Jahresberichtes gewidmet.

Symposium gegen Rechts

Eine erfreuliche Entwicklung ist aus dem Arbeitskreis II „Innere Sicherheit“ der ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) zu berichten, der sich in seiner Frühjahrssitzung 2012 im Saarland nachdrücklich zum DFK bekannt und in diesem Zusammenhang eine personelle Unterstützung der Geschäftsstelle durch vier aus den Ländern im Abordnungs-/Zuweisungswege entsandte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Aussicht gestellt hat. Nähere Ausführungen zu der konkret ab dem Jahre 2013 vorgesehenen Personalverstärkung sind dem kommenden Jahresbericht vorbehalten.

Personalentwicklung der Geschäftsstelle

Die finanziellen Rahmenbedingungen der Stiftung waren im Berichtsjahr 2012 weiterhin problematisch, wenngleich sich für das Folgejahr 2013 mit Blick auf die im Berichtsjahr erzielten Erträge eine gewisse Entspannung abzeichnet. Wie bereits im Bericht über das Geschäftsjahr 2011 ausgeführt, war es mit Blick auf die Ertragslage erforderlich, an die Ausgabendisziplin in den Grenzen der gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorgaben einen engen Maßstab anzulegen. Kapitel 5.3 des Jahresberichtes widmet sich der Finanzlage im Detail.

Finanzielle Rahmenbedingungen

Dass es ungeachtet dessen gelungen ist, die satzungsgemäße Arbeit der Stiftung sicherzustellen, ist neben einer erneuten finanziellen Zuwendung aus dem Bundesministerium der Justiz einmal mehr der hochengagierten Arbeit der Geschäftsstelle zu verdanken. Kapitel 3 des Berichtes beschreibt im Einzelnen die Stiftungsaktivitäten des Jahres 2012. Hier ein Überblick:

- Fortsetzung der in 2009 begonnenen Förderung der Evaluation externer Projekte (Analyse der Zwischenberichte, Präsentation von Ergebnissen, Prüfung möglicher Rückzahlungen, Bewilligung weiterer Fördermittel etc.), im Einzelnen:
 - „FAMOS – Familien optimal stärken“ – in der „Modellregion für Erziehung Paderborn“ (Nordrhein-Westfalen)
 - Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin (Brandenburg)
 - „Abschied von Hass und Gewalt“ – Pädagogische Arbeit mit extremistisch und fundamentalistisch gefährdeten jugendlichen Gewaltstraftätern im Jugendvollzug und nach Entlassung durch Violence Prevention Network e.V. (Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt)
 - Gewaltprävention in hessischen Schulen mit dem Programm „Prävention im Team“ (PiT Hessen)

Förderung der Evaluation externer Projekte

„FAMOS – Familien optimal stärken“

Gewaltprävention in Ostprignitz/Ruppin

Violence Prevention Network

PiT Hessen

<i>KoSiPol- Abschlusskonferenz</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausrichtung der Abschlusskonferenz des Forschungsvorhabens „Koope- rative Sicherheitspolitik in der Stadt“ (KoSiPol)
<i>PiT Expertentagung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Moderation einer Expertentagung mit den Koordinatoren des Programms „Prävention im Team (PiT)“
<i>BLAG Häusliche Gewalt</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt
<i>IMA Kriminalprävention</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit in der interministeriellen Arbeitsgruppe Kriminalprävention der Bundesregierung (IMA)
<i>Städtenetzwerk</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention
<i>Forum Compliance & Integrity</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit im Forum Compliance & Integrity – Anwenderrat für Werte- management (FCI)
<i>Netzwerk Innovativer Bildungsprogramme</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit im „Netzwerk Innovativer Bildungsprogramme“ (NIB)
<i>Projektberatung BBSR</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung des Projektes „Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt“ beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
<i>17. DPT</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung am 17. Deutschen Präventionstag mit einem Präsentations- stand und einem Fachvortrag im Hauptprogramm
<i>YouPrev</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung im Projekt „Jugendkriminalität und Jugendgewalt ‘YouPrev’“ der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol)
<i>Kinderfreundliche Kommunen e.V.</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitgliedschaft in der Sachverständigenkommission des Vereins „Kinder- freundliche Kommunen e.V.“ – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands
<i>BKA-Workshop Gewaltkriminalität</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit im BKA-Expertenworkshop „Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)“
<i>EUCPN</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Nationale Kontaktstelle im Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN): Unterstützung der nationalen Repräsentanten bei der Vor- und Nachbereitung des deutschen Beitrages für die Europäische Best-Practice- Konferenz in Zypern
<i>URBIS</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit im Projekt „URBIS – Managing Urban Security across Europe“, Teilnahme an drei Delphi-Befragungen
<i>forum kriminalprävention</i>	<ul style="list-style-type: none"> • „forum kriminalprävention“: Redaktion und Herausgabe der viermal jähr- lich erscheinenden Fachzeitschrift des DFK
<i>Prävention im Überblick</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der über die DFK-Website zugänglichen Plattform „Prävention im Überblick“ zur gebündelten Recherche in unterschiedlichen Datensyste- men und Gewährleistung der Kooperation mit den verlinkten Partnern
<i>Publikationen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Neuauflage der Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“ • Neuauflage des Leitfadens „Impulse für das Kommunale Präventionsma- nagement“
<i>Newsletter</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Redaktion und Herausgabe des DFK-Newsletters
<i>Kooperation Länder</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperation mit den Präventionsgremien der Bundesländer
<i>Fachvorträge</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Fachvorträge, unter anderem <ul style="list-style-type: none"> – im Rahmen eines Fachgesprächs der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Rheinland-Pfalz zur Arbeit der kriminalpräventiven Räte

- auf dem Fachseminar „Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsbedingungen der Kriminalprävention“ der Konrad Adenauer Stiftung
- beim Internationalen Symposium „Combating Violence Against Women“ in Istanbul/Türkei zu den deutschen Strategien und Ansätzen zu Intervention bei und Prävention von Gewalt gegen Frauen / Häuslicher Gewalt
- Vertretung der Stiftung bei nationalen und internationalen Fachkongressen und Landespräventionstagen (etwa 1. Sächsischer Landespräventionstag; BKA-Herbsttagung; wissenschaftliche Fachtagungen der Landesanstalt für Medien NRW; DB-Sicherheitskonferenz; Papilio-Symposium „Kinder mit Zukunft – unsere Verantwortung: Frühe Prävention – Aufgaben und Potentiale“; COST-Conference „Bullying and Cyber-Bullying“; Tagung „Gemeinsam gegen Jugendgewalt“ der Zeit- und der Bosch-Stiftung; Abschlusstagung des Projektes „Sicher Leben im Alter – SiLiA“; Jahrestagung der Geschäftsführer der Landespräventionsgremien) *Kongresse*
- Gewährleistung der Arbeit der Stiftungsorgane sowie der Stiftungsverwaltung (Kuratoriumssitzung, Vorstandssitzungen, Budgetplanung und Mittelverwaltung, Vermögensverwaltung, Buchhaltung, Jahresabschluss, Jahresbericht) *Stiftungsverwaltung*
- Erledigung von Bürgeranfragen, Publikationsversand, Beantwortung journalistischer Anfragen etc. *Bürgeranfragen*

2. Sitzung des Kuratoriums am 25. Juni 2012

Kuratoriumssitzung 2012

Nachdem die Kuratoriumssitzung des Vorjahres, verbunden mit einem Festempfang zum 10-jährigen Stiftungsjubiläum, in den Räumlichkeiten des historischen Kaiserbahnhofes in Potsdam stattgefunden hatte, trat das Kuratorium im Berichtsjahr im Gustav-Heinemann-Saal des Bundesministeriums der Justiz in Berlin zusammen.



Neue Kuratoriumspräsidentin



Zur neuen Kuratoriumspräsidentin und turnusgemäßen Nachfolgerin von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich wurde die Bundesministerin der Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gewählt. Die Mitglieder der übrigen Stiftungsorgane wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Vortrag von Prof. Dr. Beelmann

Dass sich qualitätsgesicherte Präventionsarbeit lohnt – und zwar im Wege eines langfristigen „pay-back“ durchaus auch unter finanziellen Aspekten – zeigte von Seiten der Wissenschaft in einem beeindruckenden Vortrag Prof. Dr. Andreas Beelmann, Leiter der Abteilung für Forschungssynthese, Intervention und Evaluation der Friedrich-Schiller-Universität Jena, auf. Er mahnte an, dass erfolgversprechende Maßnahmen stets eine gute inhaltliche Konzeption, ein überzeugendes Durchführungskonzept und die Berücksichtigung mannigfaltiger Implementationsbedingungen voraussetzen. Die neugewählte Kuratoriumspräsidentin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger knüpfte hieran an, indem auch sie betonte, dass Prävention – bei aller Vorliebe der Politik für Modellprojekte – vor allem Kontinuität brauche.



3. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen

3.1 Gewaltprävention und Entwicklungsförderung

Die Stiftung befasst sich seit ihrer Gründung schwerpunktmäßig mit der Frage, wie Gewaltprävention und die damit einhergehende Unterstützung junger Menschen bei der Bewältigung von Entwicklungsaufgaben systematisch, qualitätsgesichert und somit nachhaltig gestaltet werden kann. Die in den vergangenen Jahren erreichten Meilensteine – darunter ein Bericht des DFK an die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidentenkonferenz über den Stand der Gewaltprävention sowie über zentrale Handlungserfordernisse zu ihrer nachhaltigen Gestaltung – wurden im „Jubiläumsjahresbericht“ 2011 (unter www.kriminalpraevention.de auch online nachlesbar) ausführlich beschrieben.

Bisherige Erkenntnisse des DFK auf dem Gebiet der Gewaltprävention

Anknüpfend an die Erkenntnis, dass trotz der vom DFK und vielen anderen Akteuren in den vergangenen Jahren unternommenen Anstrengungen die Wirksamkeit des Großteils der kriminalpräventiven Angebote nach wie vor ungeklärt ist und eine flächendeckende Verbreitung erfolgversprechender entwicklungsorientierter Präventionsmaßnahmen in Deutschland noch am Anfang steht, hat das DFK im Laufe des Berichtsjahres einen multidisziplinären, hochkarätig besetzten Sachverständigenrat eingesetzt, der am 3. und 4. September 2012 in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkam. Gut ein Dutzend Experten aus Wissenschaft und Präventionspraxis, namentlich

Einsetzung eines Sachverständigenrates

- Prof. Dr. Britta Bannenberg, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Dr. Christian Böhm, Landesinstitut für Lehrerbildung Hamburg
- Prof. Dr. Thomas Görgen, Deutsche Hochschule der Polizei Münster
- Prof. Dr. Nina Heinrichs, Technische Universität Braunschweig
- Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Lösel, University of Cambridge
- Erich Marks, Landespräventionsrat Niedersachsen
- Prof. Dr. Siegfried Preiser, Psychologische Hochschule Berlin
- Prof. Dr. Herbert Scheithauer, Freie Universität Berlin
- Prof. Dr. Dr. Christiane Spiel, Universität Wien

Mitglieder



- Elmar Undorf, Schulpsychologischer Dienst Rhein-Sieg-Kreis
- Prof. Dr. Ulrich Wagner, Philipps-Universität Marburg
- Prof. Dr. Andreas Zick, Universität Bielefeld

beschäftigen sich seitdem mit der Entwicklung von Strategien zur Qualitätssteigerung und Implementationsförderung entwicklungsorientierter kriminalpräventiver Maßnahmen.



Zielgruppe

Zielgruppe der zu entwickelnden Strategien sollen nicht nur die Entwickler bzw. Anbieter kriminalpräventiver Angebote sein, sondern im Sinne implementationsfördernder Maßnahmen und Rahmenbedingungen beispielsweise auch deren Nutzer (praktisch tätige Personen im psychosozialen Bereich und in Bildungsinstitutionen, Eltern etc.), der politisch administrative Bereich auf regionaler Ebene sowie politische Entscheidungsträger auf Bundes- und Landesebene (etwa mit Blick auf die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen), Akteure der Privatwirtschaft und nicht zuletzt die gesellschaftliche Öffentlichkeit.

Erste Ergebnisse

Erste Ergebnisse der längerfristig angelegten Arbeit des Sachverständigenrates konnten im Rahmen des 18. Deutschen Präventionstages im April 2013 in Bielefeld präsentiert werden (mehr dazu im Jahresbericht 2013).

Praxisleitfaden

Der zeitgleich neu herausgegebene Praxisleitfaden „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen – Impulse des DFK-Sachverständigenrates für die Auswahl und Durchführung wirksamer Programme“ fasst die Ergebnisse zusammen. Er knüpft an die im Frühjahr 2012 gründlich überarbeitete sowie vom DFK neu aufgelegte Expertise „Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter“ an und erweitert die fördernde und präventive Perspektive insbesondere um Aspekte der Effektivität, der Messung von Wirksamkeit und Umsetzungsqualität sowie der Implementierung in Kitas und Schulen. Auch werden im Leit-



faden Fragen des Transfers und einer weitergehenden Verbreitung (Dissemination) von wirksamen und praxistauglichen Präventionsangeboten erörtert. Der Leitfaden richtet sich an professionelle Praktiker, aber auch an Entscheidungsverantwortliche in Institutionen, in der Verwaltung und nicht zuletzt in der Politik.

Nähere Einzelheiten zur Arbeit des Sachverständigenrates werden im Jahresbericht 2013 nachzulesen sein.

3.2 Symposium „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – der Beitrag der Wirtschaft“

Auf Initiative der neugewählten Kuratoriumspräsidentin, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, fand am 4. Oktober 2012 im Bundesministerium der Justiz das vom DFK ausgerichtete Symposium „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus – der Beitrag der Wirtschaft“ statt. Anknüpfend an die Erkenntnis, dass Unternehmen für Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus keine Tabuzonen sind, stand insbesondere die Frage im Mittelpunkt, wie Unternehmen einen besseren Beitrag für Toleranz und gegen Rechtsextremismus leisten können.

*Symposium am
4. Oktober 2012*

Zu der Veranstaltung waren Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Initiativen gegen Rechtsextremismus sowie Akteure aus Politik und Zivilgesellschaft geladen.

In ihrer Rede forderte die Ministerin, dass sich Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung in Deutschland sicher und angenommen fühlen müssten. Sie verwies auf die Vorbildfunktion der Unternehmen



und die Vorteile, die sie aus ihrem sozialen Engagement in einem immer intensiver werdenden internationalen Wettbewerb ziehen können. Unternehmerische Verantwortung habe viele Facetten: Sie reiche bspw. von der Aufarbeitung der eigenen Unternehmensgeschichte und ihrer Verstrickungen in Nazi-Ver-

*Ansprache der
Kuratoriumspräsidentin*

brechen über den richtigen Umgang mit Erscheinungsformen rechtsextremistischer Einstellungen unter Beschäftigten bis hin zur Schaffung eines Betriebsklimas, das von Vielfalt und Toleranz geprägt ist.

Beispielhaft und beispielgebend stellten die Deutsche Bahn AG, die Volkswagen AG und die ArcelorMittal Eisenhüttenstadt GmbH erfolgreiche Unternehmensprojekte vor:

*Beispiele aus der
Wirtschaft*

Maßnahmen der Deutschen Bahn AG



Dr. Rüdiger Grube, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn AG und Vizepräsident des Stiftungskuratoriums, präsentierte die Initiative „Azubis gegen Hass und Gewalt – Gemeinsam für ein tolerantes und respektvolles Miteinander“, die bereits im 11. Jahr Auszubildende der Deutschen Bahn AG an-

spricht. In über 100 Projekten werde deutlich, wie breit eine solche Kampagne für einen der größten deutschen Arbeitgeber wirken könne.

Maßnahmen der Volkswagen AG

Jörg Köther, Pressesprecher des Konzernbetriebsrates der Volkswagen AG, beeindruckte mit der schon Mitte der 90er Jahre vorgenommenen selbstkritischen Aufarbeitung der Firmengeschichte durch Hans Mommsen im Forschungsprojekt „Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich“.



Die Erkenntnis, dass Diskriminierungen und Ausgrenzungen als Beginn rechtsextremer Tendenzen die Stirn geboten werden muss, führte bei VW unter anderem zum Abschluss einer Betriebsvereinbarung, in der sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Unterlassen von diskriminierenden Handlungen verpflichten.

Maßnahmen der Arcelor-Mittal Eisenhüttenstadt GmbH

Joachim Niebuhr, Arbeitsdirektor bei ArcelorMittal Eisenhüttenstadt, stellte die Initiative „Ein Unternehmen zeigt Flagge“ vor. Nachdem einzelne Mitarbeiter in den 1990er Jahren das Unternehmen mit fremdenfeindlichen Verhaltensweisen konfrontiert hatten, habe man sich, statt das Problem rassistischer Einstellungen und Handlungen zu verdrängen, seiner Verantwortung mit einer Fülle von Projekten gestellt. So werden beispielsweise Auszubildende gezielt etwa mit Menschen anderer Kultur in ihrem jeweiligen Anderssein zusammengeführt. Ferner sei das Unternehmen in Eisenhüttenstadt jüngst durch eine Plakataktion gegen die Aktionen einer rechtsextremen Partei vorgegangen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit der Ministerin, dem Extremismusforscher Prof. Dr. Hajo Funke, dem Jenaer Oberbürgermeister Dr.



Podiumsdiskussion

Albrecht Schröter, Jörg Niebuhr von ArcelorMittal und dem Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig Reinhard Koch wurden weitere Erfahrungen ausgetauscht und eine Vernetzung der Initiativen angemahnt. Die Teilnehmer betonten übereinstimmend, dass noch mehr Unternehmen dem Rechtsextremismus eine breite gesellschaftliche Ablehnung entgegenbringen müssten.

3.3 Kommunales Präventionsmanagement und KoSiPol-Abschlussveranstaltung

Am 11. September 2012 diskutierten Experten und Praktiker in Bonn die Ergebnisse des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projektes „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt“ (KoSiPol). Das DFK war Gastgeber der in der Bonner Liegenschaft des Bundesministeriums des Innern (BMI) durchgeführten Veranstaltung. Vor rund 50 Tagungsgästen eröffnete Wolfgang Kahl das Symposium und wies zu Beginn darauf hin, dass Kriminalprävention in den Kommunen ein sichtbares und dynamisches Handlungsfeld sei.

*KoSiPol-Tagung im BMI
Bonn*



Die im Projekt KoSiPol beteiligten Forscher hatten von 2010 bis 2012 eine qualitative Bestandaufnahme der kooperativen Sicherheitspolitik durchgeführt, die in kommunalen Präventionsgremien betrieben wird. Vorrangiges Ziel war es, die Wechselwirkungen zwischen Organisationsprinzipien und Aushandlungsprozessen, Mitgliederakquisition und Agenda-Setting, Präventionsstruktur und -kultur zu beleuchten. Der Blick hinter die

*Gegenstand des
Forschungsprojektes*

Kulissen der Präventionsarbeit zeigte: Die Präventionsgremien sind inzwischen zwar ein nicht mehr wegzudenkender Knotenpunkt im Präventionsnetzwerk, aber Auswahl und Bearbeitung von Problemlagen unterliegen nach wie vor einigen themen- und zielgruppenspezifischen Verzerrungen, die vielfach aus eben jenen Wechselwirkungen resultieren, die das Forschungsteam näher untersucht hat.

Die Zielsetzung des Projekts lag darin, die Handlungsketten von der individuellen Problemwahrnehmung bis zur kooperativen Problemlösung nachzuzeichnen und zu analysieren. Dabei konzentrierten sich die Forscherinnen und Forscher bei der qualitativen Bestandaufnahme auf vier Handlungsfelder, die innerhalb der kommunalen Kriminalprävention einen hohen Stellenwert einnehmen: Jugendliche als Täter und Opfer, Sucht und Drogen, häusliche Gewalt und polizierende Präsenz (vgl. zu Details den Artikel in der vom DFK her-



ausgegebenen Zeitschrift „forum kriminalprävention“, Ausgaben 3/2012 und 4/2012).

*Fachgespräch in
Rheinland-Pfalz*

Dass die Kooperation der Vor-Ort-Handelnden zahlreichen Wechselwirkungen ausgesetzt ist, zeigte auch ein Fachgespräch, das auf Initiative der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zeitgleich zur KoSiPol-Tagung im Landtag Rheinland-Pfalz stattfand. Die Fraktion hatte in enger Abstimmung mit der kriminalpräventiven Leitstelle des Innenministeriums zu einem Fachgespräch eingeladen, an dem Experten aus den unterschiedlichsten Bereichen der kriminalpräventiven Arbeit, darunter auch das DFK teilnahmen. Erörtert wurden Fragen nach der Präventionsversorgung und dem -bedarf auf Landesebene und in den Regionen, der strategischen Steuerung, zu Wegen kooperativer Präventionsarbeit auf kommunaler Ebene, nach Standardisierungserfordernissen und zu Möglichkeiten der Professionalisierung. Der durch das Fachgespräch angestoßene Prozess soll in einem offenen Dialog sowohl die Zurückhaltung und Skepsis der in den Blick genommenen Hauptakteure in den Kommunen überwinden helfen wie auch einen Beitrag zu noch höherer Qualität der Präventionsarbeit leisten.

*Neuaufgabe des DFK-
Leitfadens*

Parallel zu den vorherbeschriebenen Veranstaltungen hat das DFK eine vollständig überarbeitete und aktualisierte Neuaufgabe des Leitfadens „Impulse für das Kommunale Präventionsmanagement – Erkenntnisse und Empfehlungen zu Organisation und Arbeit kriminalpräventiver Gremien auf kommunaler Ebene – Ein Leitfaden für die kommunale Praxis“ herausgegeben. Der Praxis werden Orientierungen angeboten, die den interessierten Akteuren eine intensive Auseinandersetzung zu Zielsetzung und Reichweite des Ansatzes, zum passenden organisatorischen Zuschnitt, zu Beteiligungen und Management erleichtern sollen.



3.4 Expertentagung „Prävention im Team (PiT)“

PiT-Fachtagung

Anknüpfend an Expertenrunden 2002 in Bonn und 2008 in Kiel trafen sich Koordinatoren des Präventionsprogramms PiT am 13. September 2012 in Frankfurt zu einer Fachtagung. Das PiT-Programm wird in mehreren Bundesländern in jeweils unterschiedlicher Ausprägung und Intensität genutzt. Das Treffen schloss sich unmittelbar an die tags zuvor angebotene bundesweite Fachtagung „Prävention im Team: Acht Jahre PiT in Hessen“ an. Ziel der vom DFK moderierten Veranstaltung war es, einen Überblick über den Stand der in den Ländern durchgeführten Programme zu geben, die bisherigen Erfahrungen auszutauschen und mögliche Schwierigkeiten bei der Implementierung zu erörtern. Darüber hinaus wurden Möglichkeiten der Qualitätssicherung besprochen.

Ausführungen zur Evaluation von PiT Hessen finden sich in Kapitel 4 dieses Jahresberichtes.

3.5 Internationale Aktivitäten

Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

Im Rahmen seiner Funktion als nationale Kontaktstelle hat das DFK an den Veranstaltungen des Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN) teilgenommen, die Tagungsergebnisse in Deutschland multipliziert sowie den Informationsaustausch mit den europäischen Partnern fortgesetzt.



DFK als nationale Kontaktstelle

Die Best-Practice-Konferenz des EUCPN am 4. und 5. Dezember 2012 in Nikosia/Zypern hatte den thematischen Schwerpunkt „Community Policing / Bürgernahe Polizeiarbeit“. Während der Abendveranstaltung erhielt das dänische Projekt „Your Police Officer“ den European Crime Prevention Award (ECPA) 2012. Es ist konzeptioneller Ansatz und Pilotprojekt bürgernaher Polizeiarbeit zugleich; Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Polizei sind zentrale Elemente. Während der Konferenz präsentierten sich insgesamt 24 Projekte aus den EU-Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Ansätzen zum „Community Policing“, deren Wirksamkeit und Übertragbarkeit im Einzelnen sehr unterschiedlich sind und jeweils genauer Betrachtung bedürfen. Ausführliche Projektbeschreibungen sind auf der Website www.eucpn.org zugänglich, ein näherer Konferenzbericht findet sich in der vom DFK herausgegebenen Zeitschrift „forum kriminalprävention“, Ausgabe 1/2013.

Best-Practice-Konferenz 2012

Auf Anregung des DFK stellte Prof. Dr. Bernhard Frevel aus Münster die Ergebnisse des deutschen Projekts „Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt“ vor und zur Diskussion. Kooperation sei nur unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll und erfolgreich, so seine Hauptthese. Verständigung über die zu verfolgenden konkreten Ziele, Klarheit über die jeweils bei Partnern bestehenden Erwartungen, den Nutzen und vorhandene Ressourcen sowie die gegenseitige Wertschätzung auch in asymmetrischen Akteurskonstellationen gehörten etwa zu den Bedingungen, weshalb bspw. die Polizei ihre Rolle im jeweiligen lokalen Netzwerk mit entsprechender Sensibilität ausgestalten müsse (vgl. im Einzelnen die Ausführungen in Abschnitt 3.2).

Fachvortrag Prof. Dr. Frevel



Vortrag Prävention
Häusliche Gewalt

Sonstiges

Im Rahmen des von der türkischen Richterakademie in Istanbul ausgerichteten internationalen Symposiums „Combating Violence Against Women“ wurde am 7. Juni 2012 die deutsche Strategie und Praxis zu Prävention von und Intervention bei Gewalt gegen Frauen vorgestellt und in einer Podiumsrunde diskutiert.



3.6 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT)

17. DPT in München:
„Sicher leben in Stadt
und Land“

DFK als ständiger
Kooperationspartner



MdB Hartfrid Wolff (FDP) am Stand des DFK

Der 17. Deutsche Präventionstag 2012 in München stand unter dem Schwerpunktthema „Sicher leben in Stadt und Land“. Das DFK hat sich – wie in den Jahren zuvor – als ständiger Veranstaltungspartner sowie im Programmbeirat beteiligt und war mit einem Messestand vor Ort vertreten.

Wissenschaftliches
Gutachten

Das Gutachten zum Schwerpunktthema greift ein umfassendes Verständnis von Sicherheit und Prävention auf und stellt die Bedeutung von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit für die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl der Menschen heraus, diskutiert die Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und Kriminalpolitik, vor allem auch vor dem Hintergrund möglicher problematischer Entwicklungen.



NRW-Justizminister Thomas Kutschaty im Gespräch mit Vertretern des DFK

In einem gemeinsamen Vortrag präsentierten Prof. Gerd Neubeck (DFK und Deutsche Bahn AG), Prof. Dr. Herbert Scheithauer (Freie Universität Berlin) und Wolfgang Kahl (DFK), die Elemente des Programms „fairplayer.manual“ sowie dessen Umsetzungsstrategie und stellten diese zur Diskussion.

3.7 Mitarbeit im Städtenetzwerk Kriminalprävention

Die Geschäftsführung des Städtenetzwerkes, in dem das DFK Kooperationspartner ist, wurde in diesem Jahr von den Städtepartnern Wiesbaden und Frankfurt übernommen. Als neues Mitglied des stetig wachsenden Netzwerkes (derzeit 20 Städte) konnte Hildesheim begrüßt werden. Im April 2012 trafen sich die Städtepartner unter Mitwirkung des DFK zum Erfahrungs- und Informationsaustausch in München. Auf Einladung des Städtepartners Bremen nahmen die Netzwerkmitglieder an einer Veranstaltung der Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen zum Thema „Sicherheitspartnerschaften – gemeinsam gegen Wohnungseinbruch“ teil. Inhaltliche Schwerpunkte der Netzwerkarbeit waren neben der Einbruchsprävention präventive Maßnahmen zur Gewalt gegen ältere Menschen, Stärkung von Zivilcourage und Möglichkeiten der Qualitätsförderung präventiven Handelns. Darüber hinaus kommunizierten die Partner anlassbezogen zu aktuellen Themen und Problemen im Rahmen eines E-Mail-Verbundes.

Geschäftsführung

Inhaltliche Schwerpunkte

3.8 Präventionsinformationen und Wissensmanagement

Das Informationsportal „Prävention im Überblick“ ist im November 2010 im Rahmen der DFK-Website www.kriminalpraevention.de realisiert und seitdem fortlaufend ausgebaut worden und folgt als Rechercheangebot der seitdem abgeschalteten Datenbank „PräVlS“. Das Portal bündelt Informationsangebote der Präventionsakteure (Landespräventionsgremien sowie wissenschaftliche und andere relevante Einrichtungen) mit einer die relevanten gesellschaftlichen und politischen Handlungsfelder einbeziehenden Perspektive und gibt einen Blick über und in die deutsche Präventionslandschaft. Eine Erweiterung hin zu ausgewählten internationalen Wissensbeständen wird möglich sein.

Zukunftsfähiges Wissensmanagement

Bündelung von Informationsangeboten

Das Portal ermöglicht Recherchen mit Suchbegriffen

- in allen Angeboten gleichzeitig oder
- nur in ausgewählten Angeboten

oder den unmittelbaren Übergang auf ein spezielles Angebot.

Mit dem Portal sind Informationen und Wissen aus aktueller Forschung, Literatur, zu Praxisprojekten und Programmen für Fachleute sowie für jedermann gezielt recherchierbar.

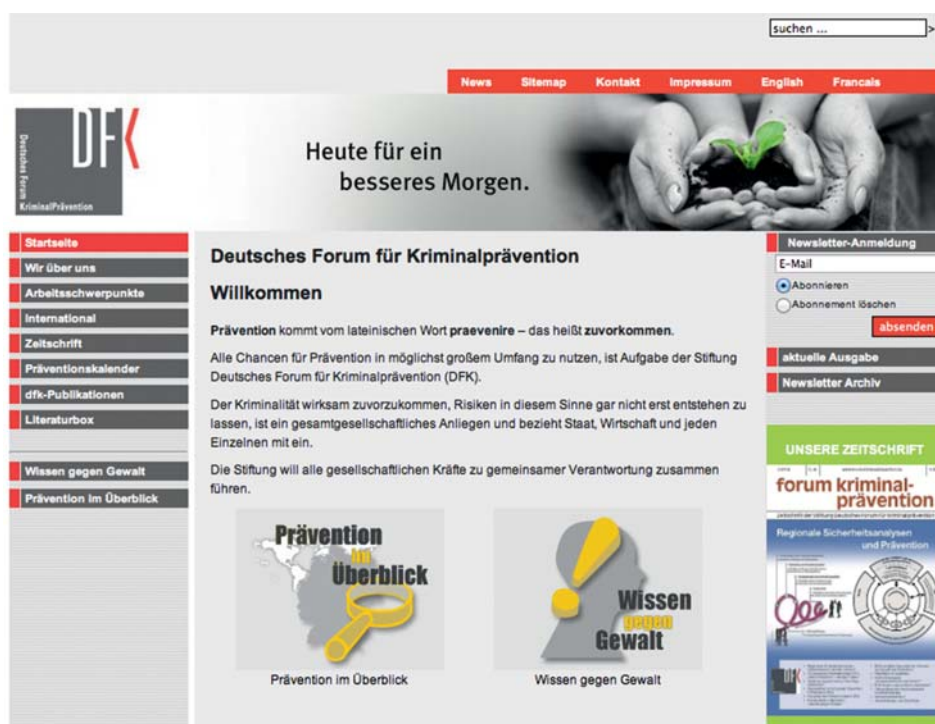


3.9 Öffentlichkeitsarbeit: Website, Newsletter, Zeitschrift

Funktionen der Website

Die Website ist unverzichtbares Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und hat sich als hilfreich zur Vernetzung bereits vorhandener Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland erwiesen. Sie bietet zahlreiche Verweisungen (Links) auf nationale und internationale Präventionsinitiativen sowie die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren. Insgesamt vier Ausgaben haben von der Arbeit der Geschäftsstelle berichtet und weitere Nachrichten multipliziert. Der Präventionskalender weist auf anstehende Tagungen und Konferenzen hin.

Newsletter und
Präventionskalender



Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Die vom DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ hat das zentrale Anliegen, Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern.

Zielgruppen der
Zeitschrift

Als Sprachrohr von Praxis und Wissenschaft zugleich werden viele Handlungsfelder der Prävention präsentiert und diskutiert. Der fachliche Diskurs wird angestoßen und geführt. Impulse zu mehr politischer Verantwortungsübernahme bei der Schaffung von Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für präventive Arbeit sind häufig innewohnende und zuweilen ausdrückliche Anliegen der Beiträge und Kommentierungen.

Das Interesse der Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, innerhalb der Polizei und Justiz, von Kinder- und Jugendinstitutionen sowie bei Erzieherinnen und Erziehern ist ausweislich der Rückmeldungen zu den Themenschwerpunkten der einzelnen Ausgaben ungebrochen.



Titel der Ausgaben 2012

Die Zeitschrift des DFK erscheint vierteljährlich beim „Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH“ (VdP). Die Redaktion hat seit 2010 Herr Wolfgang Kahl inne.

Seit 2011 gibt es als wichtigste Neuerung die aktuelle Online-Ausgabe zum Blättern.

Das neue Archiv (ab 2010) hält wichtige Artikel im PDF-Format vor und zu allen Beiträgen gibt es Angaben zum Inhalt. Im alten Archiv können Titel und Kurzbeschreibungen der Artikel aller Ausgaben von 2001 bis 2010 recherchiert werden.



Online-Ausgabe

4. Finanzielle Förderung der Evaluation externer Projekte

Fortsetzung der in 2009 begonnenen Förderung

Die Stiftung hat im Berichtsjahr die im Jahre 2009 begonnene finanzielle Förderung der Evaluation mehrerer kriminalpräventiver Projekte fortgesetzt.

Rückblick auf das Ausschreibungsverfahren

Rückblende: Im April 2009 waren Mittel in Höhe von 70.000 EUR zur mittelfristigen Förderung wissenschaftlichen Standards entsprechender externer Evaluation kriminalpräventiver Projekte ausgeschrieben worden. Nach Auswertung der insgesamt 16 eingegangenen Bewerbungen konnte noch im selben Jahr mit der finanziellen Förderung der Evaluation von insgesamt fünf Projekten begonnen werden.

Sachstand

Eine der Evaluationen, nämlich die des vom BuddyY e.V. durchgeführten „Buddy-Grundschulprojektes“, wurde im Jahre 2010 abgeschlossen; von zwei weiteren Projektevaluationen (PiT-Hessen und „Abschied von Hass und Gewalt“) wurden im Berichtsjahr die Abschlussberichte vorgelegt. Die Untersuchung der anderen zwei Projekte dauerte im Berichtsjahr an.

PiT-Hessen



Die Philipps-Universität Marburg (Professor Dr. Ulrich Wagner) untersuchte drei Jahre lang die Langzeiteffekte des Projektes „PiT Hessen“ (Prävention im Team) und ihre Wirkung auf subtile Aggressionsindikatoren. PiT-Hessen war das erste Modellprojekt der Hessischen Landesregierung im „Netzwerk gegen Gewalt“, getragen von den Ministerien für Inneres, Kultus und Arbeit, Familie, Gesundheit. Grundlage des Programms ist die Kooperation von Schule, Polizei und Jugendhilfe. Entsprechend gemischte Teams führen Trainingsmaßnahmen mit Schülerinnen und Schülern durch und geben Impulse für die Personal-, Organisations- und Konzeptentwicklung insbesondere in der Schule.

Im März 2012 legte die Philipps Universität Marburg den Abschlussbericht der vom DFK geförderten Evaluation vor, in welchem dem Projekt eine Wirksamkeit im Sinne der zentralen Projektziele attestiert wird. Die Ergebnisse der Evaluation wurden am 12. September 2012 auf einer bundesweiten Fachtagung in Frankfurt vorgetragen und diskutiert.

„FAMOS – Familien optimal stärken“



„FAMOS – Familien optimal stärken“ heißt das vom Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW e.V. initiierte und mitverantwortete Projekt in der „Modellregion für Erziehung in Paderborn“ (www.modellregion-erziehung.de), das in besonderem Maße auf eine Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern abzielt.

Hierbei kommen drei relevante Präventionsprogramme zum Einsatz:

- EFFEKT® Entwicklungsförderung in Familien: Eltern- und Kinder-Training (Arbeitsgruppe Prof. Dr. Lösel, Institut für Psychologie, Universität Nürnberg-Erlangen),
- PEP-Präventionsprogramm für expansives Problemverhalten (Arbeitsgruppe Prof. Dr. M. Döpfner, Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie des Kindes- und Jugendalters, Köln) und
- TRIPLE P – Positives Erziehungsprogramm (Arbeitsgruppe Prof. Dr. K. Hahlweg, Institut für Psychologie, Technische Universität Braunschweig).

Mit der finanziellen Hilfe des DFK und des Bundesministeriums der Justiz erfolgt eine Evaluation des Projektes und des Prozesses der Implementierung in Paderborn durch die Universität Bielefeld (Frau Professor Dr. Nina Heinrichs). Ziel der Evaluation ist es, Erkenntnisse zur Wirksamkeit unter Praxisbedingungen in Bezug auf Populationswerte (z.B. Sozialdatenstatistiken) zu gewinnen.

Nachdem in ersten Untersuchungen in den Jahren 2010/2011 Daten zu kurz- und mittelfristigen Effekten (unmittelbar / ein Jahr nach Einführung des Programms) erhoben wurden, wurden im Berichtsjahr Follow-Up-Messungen (Telefoninterviews, Fragebögen) zur Ermittlung langfristiger Effekte durchgeführt. Ein ausführlicher Bericht über die Auswertung der dritten Erhebungswelle wird im Frühjahr 2013 fertiggestellt werden. Die Evaluation wird 2013 fortgeführt, die Ergebnisse im Jahr 2014 in einem umfassenden Abschlussbericht präsentiert.

Die Universität Greifswald (Professor Dr. Manfred Bornewasser) evaluiert mithilfe der DFK-Förderung das Projekt „Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz / Ruppin (Brandenburg)“.

Ein interdisziplinäres Prozessteam aus den Bereichen Kita, Schule, Schulpsychologie, Kommunalverwaltung und Polizei hat die Implementierung der pädagogischen Konzepte für Kindergarten (EFFEKT®) und Schule (OLWEUS) als Prozess geplant, beschrieben und landkreisweit begonnen. Ein von der Universität Greifswald im Dezember 2010 vorgelegter Zwischenbericht beschreibt die Chancen, aber auch die Schwierigkeiten bei der Implementierung evaluierter Präventionsprogramme.

Das daraufhin vom Prozessteam gründlich überarbeitete Konzept „MITEINANDER in Kita und Schule“ wurde am 12. Mai 2012 im Rahmen einer Fachtagung in Potsdam präsentiert. Der norwegische Professor Dan Olweus - „Altmeister“ im Kampf gegen Mobbing bzw. Bullying in der Schule sowie Inspirator vieler Konzepte gegen Mobbing und für besseres Schulklima – stellte seine Vision und die praktischen Erfolge seiner wissenschaftlichen Arbeit vor. Die fachlichen Beiträge weiterer renommierter Spezialisten der Gewalt- und Mobbingprävention gaben der Veranstaltung zusätzlich Expertise und Renommee: Die Professoren Friedrich Lösel (Cambridge, Erlangen/Nürnberg), Dieter Rössner (Marburg), Andreas Beelmann (Jena), Herbert Scheithauer (Berlin) und im Publikum Manfred Bornewasser (Greifswald). Das modifizierte Konzept „MITEINANDER“ erhielt durch die Referate wichtige Impulse hinsichtlich Umsetzung und Qualitätssicherung. Die Ausgabe 2/2012 der vom DFK herausgegebenen Zeitschrift „forum kriminalprävention“ berichtet ausführlich zu Konzept und Tagung.

Prof. Dr. Bornewasser und sein Team arbeiten derzeit am Endbericht der Prozessevaluation. Die Ergebnisse sollen im zweiten Halbjahr 2013 veröffentlicht werden.

Erfolgreich abgeschlossen wurde die Evaluation des Projektes „Abschied von Hass und Gewalt“ des Violence Prevention Network e.V. (www.violence-prevention-network.de) durch Professor Dr. Helmut Lukas. Das Projekt beinhaltet sozialpädagogische Arbeit mit extremistisch und fundamentalistisch gefährdeten jugendlichen Gewaltstraftätern im Jugendvollzug und nach ihrer Entlassung. Es setzt sich konzeptionell jeweils aus dem Trainingsprogramm in

„Gewaltprävention in Kitas und Schulen im Landkreis Ostprignitz/Ruppin“



„Abschied von Hass und Gewalt“



Haft und der Einbindung vertrauenswürdiger Angehöriger (als „Ankerpersonen“) zusammen. Enthalten ist zudem die Option, nach Entlassung bis zu einem Jahr sozialpädagogisch betreut zu werden. Die Trainingsmodule haben die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie, die Rekonstruktion der Tat mit den darin zutage tretenden Verleugnungs- und Verharmlosungsstrategien sowie die Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Opfer zum Inhalt. Das abschließende Modul bereitet auf den Alltag nach Haftentlassung vor, beispielsweise auf die Risikosituationen bei Begegnungen mit den alten Cliques.

Prof. Dr. Helmut Lukas führte eine zentralregistergestützte Untersuchung zur Legalbewährung der Teilnehmer an Trainingskursen im Jugendstrafvollzug als Wirkungsevaluation durch. Er konnte eine deutliche Reduzierung der Re-Inhaftierungsquote aufgrund von Gewaltrückfällen und damit die Effizienz des Trainingsprogrammes feststellen.

Näheres zu dem Programm „Abschied von Hass und Gewalt“ und seiner Evaluation ist in Ausgabe 4/2012 der vom DFK herausgegebenen Zeitschrift „forum kriminalprävention“ nachzulesen.

5. Organisation, Personal und Finanzlage der Stiftung

5.1 Organisation

Die Geschäftsstelle befindet sich weiterhin am Stiftungssitz Bonn, wo sie in der Liegenschaft des Bundesministeriums des Innern in der Graurheindorfer Straße 198 untergebracht ist.

Sitz der Geschäftsstelle in Bonn

5.2 Personal

Die Geschäftsstelle des DFK zählte im Berichtsjahr weiterhin fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen zwei teilzeitbeschäftigt sind.

Personalsituation 2012 unverändert

Die Leitung der Geschäftsstelle obliegt dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, Herrn Oberstaatsanwalt Stefan Daniel, der Geschäftsstelle seit dem Jahre 2009 vom Bundesministerium der Justiz zugewiesen. Ebenfalls von dort zugewiesen ist seit Juli 2010 Frau Staatsanwältin Christine Liermann. Dienstältestes Geschäftsstellenmitglied ist Herr Kriminaloberrat Wolfgang Kahl vom Bundeskriminalamt, der seit 2003 für das DFK tätig ist. Seit November 2010 unterstützt Frau Heike Zender aus dem Bundesministerium des Innern die Geschäftsstelle bei ihren administrativen Tätigkeiten. Seit Anfang 2011 wird das Team durch Frau Kriminaldirektorin Astrid Fuhrmann, zugewiesen vom Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, verstärkt.

Über die eingangs dieses Berichtes erwähnte Personalverstärkung aus den Bundesländern wird der Jahresbericht 2013 unterrichten.

5.3 Finanzlage

Der eingezahlte Stiftungsstock betrug zum 31. Dezember 2012 unverändert EUR 2.822.800,12; Zustiftungen blieben im Berichtsjahr aus.

Stiftungskapital konstant

Anlage und Verwaltung des Vermögens erfolgten im ersten Halbjahr des Berichtsjahres 2012 durch das Bankhaus Sal. Oppenheim, mit Beginn des zweiten Halbjahres wurde diese Aufgabe dem Bankhaus Merck Finck & Co. übertragen. Nachdem in den vorangegangenen Jahren jeweils eine Stagnation der Erträge zu verzeichnen war und demzufolge für die Stiftungsarbeit des Jahres 2012 aus Eigenmitteln nur ein recht geringer Betrag zur Verfügung stand, gelang es – mitbedingt durch eine erfreuliche Entwicklung an den Aktienmärkten – im Laufe des Berichtsjahres 2012 wieder einen recht deutlichen Wertzuwachs von rund 100 TEUR zu generieren, der Grundlage für die Stiftungsarbeit des Jahres 2013 sein wird.

Vermögensverwaltung

Zusätzliche Einnahmen stellten im Berichtsjahr 2012 ein vom Verlag der Polizei für die Redaktion der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ gezahltes Honorar in Höhe von rd. EUR 5.000 sowie ein vom Deutschen Spendenparlament dem DFK zugewiesener Betrag in Höhe von EUR 1.500 dar. Ferner ist auf einen Zuschuss des Kuratoriumsmitglieds Deutsche Bahn AG in Höhe von rund EUR 1.500 für die Ausrichtung des in Kapitel 3.2 dieses Berichtes erwähnten Symposiums hinzuweisen.

Das DFK hat im Berichtsjahr 2012 für die oben im Einzelnen beschriebene Stiftungsarbeit EUR 91.169,82 aufgewendet.

Wie bereits in den Vorjahren entfiel der größte Anteil auf die unter Ziffer 4 im Einzelnen beschriebene Projektförderung (EUR 47.000). Die Arbeit des unter Ziffer 3.1 genannten Sachverständigenrates (Reise- und Übernachtungskosten, Honorare etc.) schlug im Berichtsjahr mit rd. EUR 24.500 zu Buche, wobei dem DFK diese Kosten, ebenso wie ein für die Förderung eines der unter Ziffer 4 benannten Evaluationsprojekte aufgewendeter Betrag (EUR 27.000 für das Projekt „Famos“), dankenswerterweise vom Bundesministerium der Justiz im Wege einer zweckgebundenen Zuwendung zur Verfügung gestellt wurde. Für allgemeine Geschäftsausgaben der Stiftung einschließlich Buchhaltung und Jahresabschluss wurden rd. EUR 12.000 aufgewendet, für den Internetauftritt rd. EUR 1.500 und für Broschüren rd. EUR 4.500.

Tabellarisch lässt sich das Budget im Überblick wie folgt zusammenfassen:

Budget-Übersicht 2012

Budgetplanung 2012 (gerundet)		Ausgaben 2012 (gerundet)	
Übertrag 2011	20.000 EUR	Projektförderung	47.000 EUR
Entnahme aus den Stiftungserträgen	20.000 EUR	Sachverständigenrat	24.500 EUR
Honorareinnahme für Redaktion „forum kriminalprävention“	5.000 EUR	Symposium Rechtsextremismus	1.500 EUR
Spende und sonstige Einnahmen	3.000 EUR	Geschäftsausgaben, (incl. Buchführung u. Jahresabschluss), Infrastruktur	12.000 EUR
BMJ-Zuwendung	59.000 EUR	Internet sowie Portal „Prävention im Überblick“	1.500 EUR
BMI-Zuwendung für Professur Tübingen	5.000 EUR	Broschüren	4.500 EUR
		Summe Ausgaben	91.000 EUR
		Übertrag nach 2013*	21.000 EUR
Summe	112.000 EUR	Summe	112.000 EUR

(* Anmerkung: Im Übertrag nach 2013 sind überjährige, im Januar 2013 verausgabte Positionen für die Projekte „Sachverständigenrat“ [rund EUR 6.000] und „Professur Tübingen“ [EUR 5.000] enthalten.)

5.4 Jahresabschluss 2011

Jahresabschluss 2011 von Solidaris erstellt

Die Solidaris Revisions-GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft hat am 10. Mai 2012 den Jahresabschluss der Stiftung zum 31. Dezember 2011 auf der Grundlage der dort geführten Bücher unter Beachtung von Gesetz und Satzung erstellt.

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2012

Institution	Name
Adolf Würth GmbH & Co. KG	Franz Zipperle
ARD	Dr. Reinhard Hartstein
Bankhaus Sal. Oppenheim	Uwe Gerstenberg (Vizepräsident)
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Michael von Foerster
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Dr. Wiebke Steffen
Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	André Schulz
Bundesdruckerei GmbH	Ulrich Hamann
Bundesrepublik Deutschland	Bundesminister des Innern Dr. Hans-Peter Friedrich
	Bundesministerin der Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (Präsidentin)
	Bundesministerin für Bildung und Forschung Prof. Dr. Annette Schavan <i>seit 21. Februar 2013: Prof. Dr. Johanna Wanka</i>
	Bundesminister für Gesundheit Daniel Bahr
	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schröder
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Dr. Heiko Willems
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.	Dietmar Wolff
Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheitssystemen e.V. (BHE)	Dr. Urban Brauer
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Henriette Reker
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte und Gemeindebund	Uwe Lübking

Institution	Name
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag	Dr. Kay Ruge
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag	Dr. Helmut Fogt
Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) Wirtschafts- und Arbeitgeberverband e. V.	Wolfgang Waschulewski
Christ Juweliers und Uhrmacher seit 1863 GmbH	Melanie Thomann-Bopp
consulting plus Holding GmbH	Stefan Bisanz
Deutsche Bahn AG	Dr. Rüdiger Grube (Vizepräsident)
Deutsche Telekom AG	Axel Petri
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Bernhard Witthaut
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Prof. Dr. Stephan Wernicke
Deutscher Mieterbund e.V.	Dr. Franz-Georg Rips
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Ingo-Rolf Weiss
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Freie Hansestadt Bremen	Senator für Inneres und Sport Ulrich Mäurer
Freie und Hansestadt Hamburg	Senator für Inneres und Sport Michael Neumann
Freistaat Bayern	Staatsminister des Innern Joachim Herrmann
Freistaat Sachsen	Staatsminister des Innern Markus Ulbig
Freistaat Thüringen	Innenminister Jörg Geibert
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)	Thomas Leicht
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	Sascha Braun
Giesecke & Devrient GmbH	Fabian Bahr
Handelsverband Deutschland (HDE) Der Einzelhandel	Stefan Genth
Klüh Security GmbH	Gunnar Rachner
Kommissariat der Deutschen Bischöfe	Prälat Dr. Karl Jüsten

Institution	Name
KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Rüdiger H. Birkental
Land Baden-Württemberg	Innenminister Reinhold Gall
Land Berlin	Senator für Inneres und Sport Frank Henkel
Land Brandenburg	Innenminister Dr. Dietmar Woidke
Land Hessen	Minister für Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
Land Mecklenburg-Vorpommern	Innenminister Lorenz Caffier
Land Niedersachsen	Justizminister Bernd Busemann <i>seit 19. Februar 2013: Antje Niewisch-Lennartz</i>
Land Nordrhein-Westfalen	Minister für Inneres und Kommunales Ralf Jäger
Land Rheinland-Pfalz	Minister des Innern, für Sport und Infrastruktur Roger Lewentz
Land Sachsen-Anhalt	Minister für Inneres und Sport Holger Stahlknecht
Land Schleswig-Holstein	Innenminister Andreas Breitner
L-1 Identity Solutions AG	Dr. Martin Werner
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland	Nele Allenberg
Saarland	Ministerin für Inneres und Sport Monika Bachmann
SECURITAS Deutschland Holding GmbH & Co. KG	Manfred Buhl
Siemens AG	Erik Kahlert
VISA Europe Services Inc.	Heike Müller
Weißer Ring e.V.	Dr. Wiebke Steffen
Zentralrat der Juden in Deutschland	Dr. Dieter Graumann
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)	Erik Kahlert
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)	Peter Dreißig

Anhang II

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2012

Name	Institution
Professor Gerd Neubeck (Vorsitz)	Deutsche Bahn AG
Stefan Daniel (Geschäftsführung)	Bundesministerium der Justiz
Norbert Seitz	Bundesministerium des Innern

Beisitzer des Vorstandes am 31. Dezember 2012

Name	Institution
Dr. Helmut Fünfsinn	Hessisches Ministerium der Justiz
Uwe Gerstenberg	consulting plus Holding GmbH
Norbert Küster	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)

Team der Geschäftsstelle am 31. Mai 2013

Name	Institution	Telefon
		02 28-9 96 81
Stefan Daniel	Bundesministerium der Justiz	- 3725
Astrid Fuhrmann	Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen	- 3326
Reinhold Hepp	Polizeipräsidium Stuttgart	- 3471
Yvonne Heß	Polizeipräsidium Unterfranken	- 3102
Wolfgang Kahl	Bundeskriminalamt	- 3190
Christine Liermann	Bundesministerium der Justiz	- 3384
Heike Zender	Bundesministerium des Innern	- 3275